Die Linke

Sachsen-Anhalt

Antragsheft 1

3. Tagung des 10. Landesparteitages

ACHAT Hotel Magdeburg
Hansapark 2, 39116 Magdeburg

28. - 29. November 2026

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einladung und Parteitagsorganisation	4 – 6
Entwurf der Tagesordnung und des Zeitplanes	7 – 10
Geschäftsordnung des 10. Landesparteitages	11 – 14
Arbeitsgremien des 10. Landesparteitages	15 - 16
Entwurf des Leitantrages „Jetzt erst recht!“	17 – 25
Antrag 1 – „Politik beginnt vor Ort: Mitgliederschub nutzen Und Die Linke in den Kommunen neu verankern – Sachsen-Anhalt auf dem Weg zur Kommunalwahl“	26 – 27
Antrag 2 – „Nicht nur in den Großstädten gewinnen: Gemeinsam, niemals allein“	28 – 30
Antrag 3 – „Solidarischer Finanzausgleich: Umlage nach den Beiträgen, die tatsächlich ankommen“	31 – 32
Antrag 4 – „Frauenplenum zum FLINTA*Plenum weiterentwickeln“	33
Antrag 5 – „Quotierung konsequent zu Ende denken“	34 – 35
Antrag 6 – „Wahlauswertung für den Landesverband: Diskussion, Analyse, Konsequenzen“	36 – 37
Antrag 7 – „Gemeinsam gegen ihre Kriege!“	38 - 39

Die Linke Sachsen-Anhalt 23. Oktober 2026

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
verehrte Gäste,

wir laden euch herzlich zur **3. Tagung des 10. Landesparteitages** nach Magdeburg ein.

Die Tagung findet am **Samstag und Sonntag, den 28. und 29. November 2026 im ACHAT Hotel Magdeburg, Hansapark 2, 39116 Magdeburg statt.**

Auf diesem Parteitag wollen wir sowohl die Landtagswahl 2026 auswerten und die sich daraus ergebenden Aufgaben diskutieren, wie auch einen neuen Landesvorstand und weitere Gremien des Landesverbandes wählen.

Hinweise zum Antragsverfahren

9. Oktober 2026: Veröffentlichung des Leitantrages
Gemäß § 16 Absatz (5) unserer Landessatzung wurde der Entwurf des Leitantrages des Landesvorstandes „Jetzt erst recht!“ mehr als sechs Wochen vor dem geplanten Parteitag veröffentlicht und ging den Delegierten und Stadt- und Kreisverbänden bereits zu.

17. Oktober 2026, 10 Uhr: Antragsschluss für Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Antragsschluss für Leitanträge und alle Anträge von grundsätzlicher Bedeutung ist spätestens sechs Wochen vor dem Landesparteitag. Bis zum Stichtag sind neben dem Leitantrag 7 weitere Anträge an den Landesparteitag eingegangen. Diese gingen den Delegierten bereits zu.

21. November 2026, 10.00 Uhr: Antragsschluss für Änderungsanträge
Änderungsanträge zum Entwurf des Leitantrages und zu anderen Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung sind gemäß Geschäftsordnung des 10. Landesparteitages bis spätestens sieben Tage vor Beginn des Landesparteitages – **bis zum 21. November 2026, 10.00 Uhr** – schriftlich zur Weiterleitung an die Antragskommission bei der Landesgeschäftsstelle einzureichen.

Dringlichkeits- oder Initiativanträge, also Anträge, die sich aus der politischen Situation nach dem Antragsschluss oder aus dem Parteitag heraus ergeben, bedürfen nach § 16 Absatz (5) der Landessatzung für eine Behandlung im Plenum der Unterschrift von mindestens 10 Prozent der stimmberechtigten Delegierten. Hierfür gibt es keine satzungsgemäß festgelegte Antragsfrist, sie können auch unmittelbar während des Landesparteitages eingebracht werden.

Adresse für Änderungsanträge:
Die Linke Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

Organisatorisches

Versorgung vor Ort
Es wird vor Ort eine Versorgung mit Getränken und Speisen angeboten. Wir haben uns um sozialverträgliche Preise bemüht.

Kinderbetreuung
Auf dem Parteitag wird es eine Kinderbetreuung von 10 Uhr bis 17.00 Uhr geben. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um eine verbindliche Anmeldung bis **zum 27. November 2026 um 10 Uhr an die E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de**.

Website
Alle Informationen zum Landesparteitag sind auch im Internet auf der Website des Landesverbandes veröffentlicht. Erreichen könnt ihr diese unter dem Link https://gleft.de/6OF und dem folgenden QR-Code:

Bitte um Rückmeldung
Wir bitten um eine Rückmeldung an die Landesgeschäftsstelle, wenn sich Veränderungen an der Teilnahme ergeben (Telefon: 0391/7324840 oder per Mail: lgst@dielinke-lsa.de).

Mit herzlichen Grüßen

Janina Böttger Landesvorsitzende	Hendrik Lange Landesvorsitzender	Jan Rötzschke Landesgeschäftsführer

Tagungsort
ACHAT Hotel Magdeburg
Hansapark 2
39116 Magdeburg
https://achat-hotels.com/hotels/magdeburg

Anfahrt mit dem öffentlichen Nahverkehr
In unmittelbarer vor dem Tagungsort befindet sich die Bushaltestelle „Hansa-Park“. Ca. 900 Meter vom Tagungsort entfernt befinde sich die Straßenbahnhaltestelle „Braunlager Straße“. Dorthin fahren die Straßenbahnlinien 1 und 13 direkt vom Hauptbahnhof.

Parkplätze
Parkplätze befinden sich in der Garage vom Tagungsobjekt und in unmittelbarer Nähe.

Einreicher:innen:
Die Linke Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

22. September 2026

Entwurf

Tagesordnung

der 3. Tagung des 10. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt am 28./29. November 2026 in Magdeburg

1. Eröffnung des Landesparteitages
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung und den Zeitplan
3. Rede der Landesvorsitzenden / Einbringung des Leitantrages
4. Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden / zum Leitantrag (Generaldebatte)
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Debatte zu den Änderungsanträgen zum Leitantrag
7. Beschlussfassung zum Leitantrag des Landesvorstandes
8. Berichte des Landesvorstandes, des Landesausschusses und der Landesschiedskommission
9. Aussprache zu den Berichten
10. Bestätigung der Berichte und Entlastung des Landesvorstandes und der Landesschiedskommission
11. Wahl der Landesvorsitzenden
12. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
13. Wahl der Landesgeschäftsführerin / des Landesgeschäftsführers
14. Wahl der Landesschatzmeisterin / des Landesschatzmeisters
15. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
16. Rede der Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
17. Aussprache zum Bericht der Landtagsfraktion
18. Nachwahl der Vertreterinnen im Parteirat, der Mitglieder der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission
19. Weitere Anträge und Beschlussfassungen
20. Schlusswort der neu gewählten Landesvorsitzenden

Entwurf

Zeitplan

der 3. Tagung des 10. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt am 28./29. November 2026 in Magdeburg

Samstag, 28.11.2026

10:00 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages
10:10 Uhr	Grußwort der Gäste
10:30 Uhr	Beschlussfassung der Tagesordnung und des Zeitplans
10:40 Uhr	Rede der Landesvorsitzenden (Einbringung Leitantrag und Auswertung Landtagswahl)
11:00 Uhr	Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden (Generaldebatte)
13:00 Uhr	Mittagspause
13:45 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
13:50 Uhr	Debatte zu den Änderungsanträgen zum Leitantrag
14:30 Uhr	Beschlussfassung zum Leitantrag
14:40 Uhr	Bericht des Landesvorstandes, des Landesausschusses und der Landesschiedskommission
15:10 Uhr	Aussprache zu den Berichten
15:45 Uhr	Bestätigung der Berichte und Entlastung
15:50 Uhr	Pause
16:15 Uhr	Aufstellung der Kandidierenden zur Wahl der Landesvorsitzenden
16:45 Uhr	Wahlgang zur Wahl der Landesvorsitzenden
17:15 Uhr	Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der Landesvorsitzenden
17:20 Uhr	Aufstellung der Kandidierenden zur Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
17:50 Uhr	Wahlgang zur Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
18:20 Uhr	Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
18:25 Uhr	Aufstellung der Kandidierenden zur Wahl der Landesgeschäftsführerin / des Landesgeschäftsführers

18:45 Uhr Aufstellung der Kandidierenden zur Wahl der Landesschatzmeisterin / des Landesschatzmeisters

19:05 Uhr Wahlgang zur Wahl der Landesgeschäftsführerin / des Landesgeschäftsführers und der Landesschatzmeisterin / des Landesschatzmeisters

19:20 Uhr Vorstellung der Kandidatinnen für den erweiterten Landesvorstand – Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

19:40 Uhr Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der Landesgeschäftsführerin / des Landesgeschäftsführers und der Landesschatzmeisterin / des Landesschatzmeisters

19:45 Uhr Fortsetzung der Vorstellung der Kandidatinnen für den erweiterten Landesvorstand – Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

20:30 Uhr Wahlgang zur Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung für den Landesvorstand

21:10 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für den erweiterten Landesvorstand – Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

21:30 Uhr Ende des 1. Beratungstages

Sonntag, 29.11.2026

10:00 Uhr Fortsetzung der Beratung

10:10 Uhr Grußwort der Gäste

10:30 Uhr Vorstellung der Kandidatinnen für den erweiterten Landesvorstand – Gemischte Liste

11:35 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission

11:40 Uhr Wahlgang zur Wahl der gemischten Liste für den Landesvorstand

12:00 Uhr Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)

12:20 Uhr Aussprache zum Bericht der Landtagsfraktion

13:00 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für den erweiterten Landesvorstand – Gemischte Liste

13:10 Uhr Mittagspause

13:45 Uhr Vorstellung der Kandidierenden für den Parteirat, die Landesschiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission

14:45 Uhr	Wahlgang zur Wahl der Vertreterinnen im Parteirat, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission
15:00 Uhr	Behandlung weitere Anträge und Beschlussfassungen
15:30 Uhr	Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Vertreterinnen im Parteirat, die Landesschiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission
15:40 Uhr	Fortsetzung der Behandlung weiterer Anträge und Beschlussfassungen
16:15 Uhr	Schlusswort der Landesvorsitzenden

Die Linke Sachsen-Anhalt

Geschäftsordnung

des 10. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 10. Landesparteitages am 15. November 2025)

I. Leitung/Arbeitsgremien/Aufgaben und Befugnisse

1. Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und – sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird – in offener Abstimmung
   • das Tagungspräsidium
   • die Mandatsprüfungskommission
   • die Wahlkommission
   • die Antragskommission

   Das Tagungspräsidium und die Kommissionen werden quotiert und getrennt voneinander gewählt. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden.

2. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.
   Es bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

3. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

4. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

II. Regeln in der Debatte

5. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmer:innen mit beratender Stimme haben Rederecht. Gästen kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

6. Die Tagungsleitung ruft die Tagungsordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Redner:innen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und kann das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.

7. Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium schriftlich einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Die Zurücknahme von

Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme zugunsten anderer Redner:innen ist nicht möglich.

8. Die Reihenfolge der Redner:innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für Diskussionsredner:innen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die Antragsteller:innen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner:innen zu stellen. Das Tagungspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an Diskussionsredner:innen begrenzen.

9. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagungsordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagungsordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht auf diese Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner:innen zu verlesen.

10. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Diese sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

III. Antragstellung/Antragsarten/Beschlussfassung

11. Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundessatzung bzw. Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend und angemeldet ist.

12. Fristgemäß eingereichte Anträge sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen.

13. Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller:innen das Wort, die Redezeit beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein:e Redner:in dagegen und ein:e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten.

14. Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.

15. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antragskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.

16. Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf die vorliegenden Anträge beziehen und diese ändern sollen. Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens 7 Tage vor Beginn der Tagung bei der Landesgeschäftsstelle zur Weiterleitung an die Antragskommission einzureichen.

Zur Begründung von Änderungsanträgen erhalten zunächst die Antragsteller:innen das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten. Es erhält jeweils ein:e Redner:in dagegen und ein:e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 1 Minute.

17. Der:die Antragsteller:innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt. Der Parteitag kann dieser Übernahme auf mündlichen Antrag einer:eines Delegierten in jedem Einzelfall widersprechen.

18. Dringlichkeitsanträge sind selbstständige Anträge zu besonderen politischen Ereignissen oder grundsätzlichen politischen bzw. gesellschaftlichen Veränderungen, deren Anlass nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn der Tagung, eingetreten ist.
Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt.
Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 10 Prozent der gewählten Delegierten auch unmittelbar auf dem Landesparteitag eingebracht werden.

19. Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags– und Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder Wiedereröffnen der Redeliste. Sie können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der Redner:innenliste gestellt werden. Sie werden unmittelbar behandelt. Vor der Abstimmung darüber erhält ein:e Redner:in dagegen und ein:e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt für die Antragsteller:in sowie Gegen- und Fürredner:in 1 Minute. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.

20. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anderslautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird oder sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.
Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Bei Gleichheit der Ja- und Nein- Stimmen gilt der Antrag als abgelehnt.
Die Abstimmung erfolgt durch das Erheben der Delegiertenkarte.
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler:innen ein, die dann tätig werden, wenn ein entsprechender Antrag gestellt worden ist oder wenn von der Tagungsleitung kein eindeutiges Ergebnis ermittelt werden kann.

IV. Weitere Regelungen

21. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden weiblichen Delegierten ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden.

Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages, für die Tagungsmodalitäten macht das Tagungspräsidium Vorschläge.

22. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.

23. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Über den Ablauf ist eine Niederschrift sowie ein Ton- oder Videomitschnitt zu fertigen und zu archivieren.

24. Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.

25. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten möglich.

Arbeitsgremien

des 10. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 10. Landesparteitages am 15. November 2025)

Tagungspräsidium

Anke Berghäuser	Dessau-Roßlau
Jasmin Blume	Stendal
Janina Böttger	Halle (Saale)
Rebekka Grotjohann	Magdeburg
Monika Hohmann	Harz
Silke Krause	Burgenlandkreis
Nadja Lüttich	Altmarkkreis Salzwedel
Gudrun Tiedge	Börde
Jutta Walther	Saalekreis
Robert Berndt	Saalekreis
Tim Biermordt	Salzlandkreis
Rico Goroncy	Stendal
Hendrik Lange	Halle (Saale)
Mario Langer	Jerichower Land
Uwe Loos	Wittenberg
Alexander Luft	Harz
Georg Polte	Magdeburg
David Schliesing	Börde

Mandatsprüfungskommission

Birgit Kaaden	Wittenberg
Monika Krüger	FAG Lisa
Astrid Meyer	Harz
Heidi Müller	Salzlandkreis

Antragskommission

Birke Bull-Bischoff	Burgenlandkreis
Kerstin Eisenreich	Saalekreis
Ute Haupt	Halle (Saale)
Henriette Krebs	Salzlandkreis
Petra Sitte	Halle (Saale)
Noah Biswanger	Magdeburg
Karsten Lippmann	Harz
Mario Blasche	Stendal
Stefan Gebhardt	Mansfeld-Südharz
Elias Zarrad	Wittenberg

Wahlkommission

Anni Aschenbach	Linksjugend
Eva Brunnemann	Magdeburg
Marie Chmel	Burgenlandkreis
Sandra Heiß	LAG Bildungspolitik
Doreen Hildebrandt	Börde
Elisabeth Nagel	Halle (Saale)
Christine Radig	Halle (Saale)
Sigrid Reinicke	Anhalt-Bitterfeld
Michael Berghäuser	Dessau-Roßlau
Robert Brix	Saalekreis
Georg Drechsler	Halle (Saale)
Wilfried Futh	Börde
Kay Lorenz	Salzlandkreis
Klaus Magenheimer	LAG Senior:innen
Vinzent Oesterreich	Mansfeld-Südharz
Matthias Schütz	Anhalt-Bitterfeld
Detlef Tichatschke	Harz

Einreicher:innen: 8. Oktober 2026
Die Linke Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

Entwurf

Leitantrag

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Jetzt erst recht!

Es geht um unsere Zukunft. Wir leben in einer Zeit, in der alte Gewissheiten sich auflösen, Existenzängste schichtübergreifend zu spüren sind und den Menschen die Perspektive für die Zukunft fehlt. Sei es durch Kriege, die Menschenleben kosten, die Sicherheit und Wohlstand bedrohen. Sei es durch regelmäßige Wirtschaftskrisen oder die Klimakrise, die ein „Weiter so“ unmöglich machen. Oder sei es durch die Verschwägerung des Kapitals und der Tech-Konzerne mit den Faschisten, die unsere Freiheit und Demokratie bedrohen.
Als Linke stellen wir uns der Zukunft und wollen anstelle einer real drohenden Dystopie eine Vision für eine Gesellschaft entwickeln, in der alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen leben können. Mit einer demokratischen und solidarischen Gesellschaftsordnung, in der die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit aller ist. Dazu braucht es Ideen, Mut und Hoffnung. Kurz gesagt: Die Linke. Jetzt erst recht.

Die Ausgangslage

Am 6. September 2026 erlebten wir das schwerste Wahlergebnis bei Landtagswahlen unserer Parteigeschichte in Sachsen-Anhalt: 8,6 Prozent, ein Rückfall von Platz drei auf Platz fünf. Die AfD erzielte mit 43,8 Prozent ein Rekordergebnis und wurde stärkste Kraft im Land, die CDU kam auf 17,2 Prozent. Der Rechtsruck, den wir seit Jahren beobachten und benennen, hat eine neue Dimension erreicht, mit Folgen, die weit über dieses eine Wahlergebnis hinausreichen.

Wir sind mit Engagement, mit vielen neuen Mitgliedern und mit dem Anspruch, Politik für die Menschen in Sachsen-Anhalt zu machen, in diesen Wahlkampf gegangen. Dass wir trotzdem so deutlich verloren haben, zeigt uns: Engagement allein reicht nicht aus. Diesem Befund stellen wir uns nicht als Partei am Boden, sondern als Partei, die weiß, dass sie jetzt erst recht gebraucht wird.

Was uns trägt, sind nicht die Ergebnisse eines einzelnen Wahlabends, sondern die Wurzeln, die wir in diesem Land über Jahre geschlagen haben und die uns auch nach diesem Rückschlag hier verankern. Genau diese Wurzeln wollen wir in den kommenden

Jahren tiefer ausprägen, breiter verzweigen und dort wachsen lassen, wo sie noch dünn sind.

Wir gehen als Partei in einen offenen Austausch darüber, was wir aus dieser Wahl lernen. Dabei geht es nicht um eine Abrechnung, sondern darum, gemeinsam zu verstehen, wo wir Menschen erreicht haben oder nicht, wo unsere Verankerung getragen hat und wo wir an Grenzen gestoßen sind.

Wir betrachten dafür die Ergebnisse in den unterschiedlichen Regionen, die Erfahrungen unserer Direktkandidat:innen und Kreisverbände und die Wirkung unserer verschiedenen Formen des Wahlkampfs. Auch die Frage, wie sich regionale Verankerung und unterschiedliche politische Erfahrungen künftig in unseren Aufstellungen wiederfinden, gehört für uns dazu.

Der Landesvorstand organisiert diesen Prozess gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden, Mandatsträger:innen in den kommunalen Vertretungen sowie den Kandidat:innen und führt die Erkenntnisse für unsere weitere Arbeit zusammen.

Dabei geht es um mehr als die Auswertung eines Wahlkampfes. SPD, Grüne und Die Linke liegen bei dieser Wahl nahezu gleichauf. Das zeigt, dass wir unser eigenes Profil weiter schärfen müssen. Diesen Prozess gestalten wir in der Breite unserer Partei. Wir wollen gemeinsam herausarbeiten, was uns ausmacht, wie unsere politischen Grundsätze im Alltag der Menschen sichtbar werden und wie wir als Linke in Sachsen-Anhalt unverwechselbarer werden.

Die Linke als organisierende und kämpferische Kraft

Regionale Verankerung, Vertrauen und die Fähigkeit, Menschen vor Ort anzusprechen, ihre Sorgen und Nöte ernstzunehmen sowie ihre Themen aufgreifen, das zeichnet linke Politik über Jahre aus. In Halle und Magdeburg konnten wir unter anderem damit sogar drei Direktmandate erringen.

Daran wollen wir anknüpfen. Auch in unseren Kreisverbänden ist in den vergangenen Jahren vieles in Bewegung gekommen. Mitglieder wurden aktiviert, neue Menschen einbezogen und erste Erfahrungen mit Organizing gesammelt. Diese Erfahrungen wollen wir zusammenführen, voneinander lernen und dort weiterentwickeln, wo sie zu den Bedingungen vor Ort passen.

Unser Ziel ist eine Linke, die Menschen zusammenbringt und gemeinsam mit ihnen politische Handlungsfähigkeit entwickelt. Organisieren beginnt für uns mit Zuhören, mit den Fragen, die Menschen in ihrem Alltag beschäftigen, und mit den Konflikten, die sie konkret erleben. Daraus kann gemeinsames Handeln entstehen, das spürbare Veränderungen möglich macht.

Wir sind eine Partei für Menschen, die von ihrer Arbeit leben, bezahlt oder unbezahlt, die Sorgearbeit leisten, sich ehrenamtlich engagieren, Arbeit suchen oder aus unterschiedlichen Gründen nicht arbeiten können. Wir wollen dort ansprechbar sein, wo Menschen leben, arbeiten und ihren Alltag gestalten, in Betrieben und Verwaltungen, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in Kitas und Schulen, in Stadtteilen und Dörfern, in Vereinen und Kommunen.

Ob es um gute Arbeitsbedingungen, bezahlbare Mieten, eine verlässliche Kita, den Bus im Dorf oder die Arztpraxis vor Ort geht, politische Organisierung setzt an konkreten Erfahrungen an. Wenn aus einzelnen Problemen gemeinsame Anliegen werden und Menschen sich zusammenschließen, wächst die Kraft, Veränderungen auch durchzusetzen.

Diese Arbeit vor Ort verbinden wir mit unseren parlamentarischen Möglichkeiten. Erfahrungen aus Betrieben, Kommunen, Nachbarschaften und sozialen Bewegungen gehören in die Parlamente, und unsere Abgeordneten können ihre Möglichkeiten nutzen, um Auseinandersetzungen vor Ort sichtbar zu machen und zu unterstützen.

Dies gilt für Stadt wie Land. Überall dort, wo wir Menschen zusammenbringen, Mitglieder aktivieren und konkrete Konflikte aufgreifen und dauerhaft ansprechbar bleiben, werden wir weiter Erfolge erringen. Neue Mitglieder sollen schnell einen Platz finden, an dem sie sich einbringen können, während erfahrene Genoss:innen ihr Wissen weitergeben. Politische Bildung, Organisierung und praktische Auseinandersetzung gehören dabei zusammen.

Wurzeln, die tragen

Eine Pflanze, die nur zur Erntezeit gegossen wird, verdorrt. Unsere Nähe zu den Menschen in Sachsen-Anhalt darf sich deshalb nicht auf Wahlkampfzeiten beschränken, sondern sie ist Leitlinie unseres politischen Handelns.

Wir bauen diese Nähe dauerhaft aus, durch kontinuierlichen Austausch vor Ort, auch und gerade zwischen den Wahlen. Dort, wo unsere Wurzeln bereits tief reichen, wollen wir rote Inseln solidarischer Praxis schaffen, die weithin sichtbar sind.

Wir wissen aus diesem Wahlkampf, was die Menschen vor Ort bewegt. Dieses Wissen nehmen wir mit und machen daraus konkrete Politik.

Wo der Bus nicht kommt, kann gemeinsam mit dem Dorf eine Mitfahrbank entstehen. Wo Jugendclubs und Mehrgenerationenhäuser schließen, helfen wir sichere Räume zum Austausch zu schaffen. Wo Menschen Unterstützung brauchen und alleingelassen werden, organisieren wir Nachbarschaften und leisten Widerstand.

Wir warten nicht darauf, dass Veränderung irgendwann von allein kommt. Wir fangen an.

Unsere Kreis- und Stadtverbände setzen ihre regelmäßigen Formate fort, mit denen sie mit Bürger:innen im Gespräch und vor Ort sichtbar sind. Dazu gehören offene Sprechstunden, Nachbarschaftstreffen, Sozialberatung, Haustürgespräche und andere Formate, die vor Ort bereits funktionieren.

Der Landesvorstand unterstützt diese Arbeit durch einen Materialpool mit Vorlagen, Aktionsideen und Argumentationshilfen und sorgt dafür, dass erfolgreiche Formate und Erfahrungen im Landesverband geteilt werden. So müssen gute Ideen nicht überall neu erfunden werden und können an die Bedingungen vor Ort angepasst werden.

Gleichzeitig versuchen wir, dem drohenden gesellschaftlichen Strukturverlust durch aktive Netzwerke entgegenzutreten.

Der Kampf gegen den Faschismus und gegen die Macht des Kapitals ist zermürbend. Während Faschisten mit Einschüchterung und Gewalt und wirtschaftlich Mächtige mit großen materiellen Ressourcen um Einfluss ringen, liegt unsere Stärke in der Solidarität.

Unser Zusammenhalt, unsere Leidenschaft und unser Engagement sind die Basis unseres politischen Handelns.

Weiterhin bauen wir unsere Präsenz in den sozialen Medien systematisch aus. Social Media ist kein reines Werbeinstrument, sondern ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Kommunikation. Unsere parlamentarische Arbeit, die Arbeit unserer kommunalen Mandatsträger:innen und das Engagement unserer Mitglieder vor Ort sollen dort stärker zusammenkommen und sichtbar werden.

Die vielen kleinen und großen Erfolge, die unsere Genoss:innen jeden Tag erkämpfen, gehören zum Bild unserer Partei.

Bei aller Notwendigkeit, unser eigenes Profil zu schärfen, wissen wir zugleich: Den Rechtsruck halten wir nicht allein auf. Ein einzelner Baum hält keinem Sturm stand, ein Wald schon.

Wir arbeiten deshalb aktiv und verlässlich mit allen demokratischen Kräften zusammen, die sich gegen menschenfeindliche Politik und für die Interessen der Menschen in Sachsen-Anhalt einsetzen. Wir pflegen unsere Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Vereinen, Sozialverbänden, Initiativen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen und bauen sie dort aus, wo gemeinsame politische Arbeit möglich ist.

Der Weg bis 2029

Die kommenden Jahre werden uns wenig Verschnaufpausen lassen. Vorgezogene Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen, im Land wie im Bund. 2029 stehen ohnehin Kommunalwahlen, die Europawahl und die reguläre Bundestagswahl an.

Unseren Genoss:innen steht nach diesem Wahlkampf Erholung zu. Gleichzeitig bleiben wir mit gezielten, regelmäßigen und sichtbaren Aktionen präsent, statt in einen Dauer-wahlkampfmodus zu verfallen.

Für die Wahlen 2029 sind heute noch keine Kandidat:innen bestimmt. Wir wollen in den kommenden Jahren Menschen ermutigen, Verantwortung zu übernehmen, sie in ihrer politischen Entwicklung unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben, Erfahrungen zu sammeln.

Unsere künftigen Kandidat:innen sollen möglichst schon vor ihrer Kandidatur in ihren Regionen bekannt und verankert sein.

Der Landesvorstand entwickelt dafür gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden einen Rahmen für Kandidat:innengewinnung und -entwicklung. Gleichzeitig setzt er politische Schwerpunkte und entwickelt Mitmachaktionen, Aufrufe zur Mitarbeit,

Petitionen und Stellungnahmen, mit denen wir unsere Genoss:innen und auch Sympathisant:innen einbinden.

Im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stehen dabei die Fragen, die den Alltag der Menschen in Sachsen-Anhalt unmittelbar bestimmen: bezahlbares Wohnen und Leben, eine verlässliche Gesundheitsversorgung, gute Bildung und Mobilität im ganzen Land. Diese Themen greifen wir als Opposition im Parlament und vor Ort auf, entwickeln eigene Vorschläge und verbinden parlamentarische Auseinandersetzungen mit unserer Arbeit in den Regionen.

Wenn wir 2029 in die Kommunal- und Bundestagswahl gehen, wollen wir auf drei Jahre kontinuierlicher Arbeit zurückblicken können.

Die Stärke, mit der wir dann in die Wahlen gehen, soll aus der Arbeit der Jahre davor gewachsen sein.

Was wir konkret anpacken

Unsere Wahlkreisstrukturen werden sich verändern. Diesen Prozess gestalten wir solidarisch und so, dass politische Handlungsfähigkeit im gesamten Landesverband erhalten bleibt.

Wir prüfen gemeinsam, wo hauptamtliche Unterstützung besonders notwendig ist, welche Aufgaben vereinfacht oder gemeinsam organisiert werden können und wo eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kreisverbänden sinnvoll ist.

Dabei setzen wir konsequent auf die Kraft unserer Mitglieder.

Unser Landesverband ist in den vergangenen Jahren gewachsen und jünger geworden. Gleichzeitig gibt es eine Generationenlücke zwischen vielen langjährig aktiven Genoss:innen und den zahlreichen Menschen, die in den vergangenen Jahren neu zu uns gekommen sind.

Die Erfahrungen der einen und die neuen Perspektiven der anderen wollen wir stärker zusammenbringen.

Struktur und Zusammenarbeit

Die AG Struktur erarbeitet bis Mitte 2027 gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden sowie dem Jugendverband Vorschläge, wie wir unsere Strukturen weiterentwickeln und neue Formen der Zusammenarbeit schaffen.

Dazu gehört die Möglichkeit freiwilliger kreisübergreifender Verbandsstrukturen, mit denen Kreisverbände, die enger zusammenarbeiten wollen, ihre Ressourcen und Erfahrungen bündeln können.

Der Austausch zwischen Landesvorstand und Kreis- und Stadtvorsitzenden wird weiter gefestigt. Auch der direkte Austausch zwischen den Kreisverbänden soll gestärkt werden.

Wir bündeln Kräfte, vermeiden Doppelstrukturen und schaffen damit mehr Raum für Organisierung und politische Arbeit vor Ort.

Strategie und Programmatik

Der nächste Landesvorstand beruft eine AG Strategie ein. Ihre Aufgabe ist es, eine wahlübergreifende Strategie für den ländlichen Raum zu entwickeln. Dabei sollen die eigenen Ressourcen, die geografische und demografische Lage sowie die Zielgruppen berücksichtigt werden. Die Strategie soll aufzeigen, wie wir uns vor Ort besser verankern, bestehende Mitglieder aktivieren und neue gewinnen, die Menschen für linke Ideen begeistern und Wahlkampfstrategien erproben können.

Gleichzeitig soll ein Vorschlag für eine inhaltliche Ausrichtung und Profilierung für einen zukünftigen Landesparteitag erarbeitet werden.

Landesarbeitsgemeinschaften

Unsere bisherigen Landesarbeitsgemeinschaften sind unterschiedlich lebendig. Manche sind aktiv und gut vernetzt, andere seit Jahren kaum noch handlungsfähig.

Wir entwickeln unsere Landesarbeitsgemeinschaften konsequent weiter: als inhaltliche LAGs, als Kompetenz-LAGs wie zum Beispiel „Die Linke hilft“ und als Struktur-LAGs wie die AG Organizing.

So sollen politische Interessen, fachliches Wissen und Fragen unserer eigenen Organisationsentwicklung enger mit der Arbeit von Landesvorstand und Fraktion verbunden werden.

Jede LAG erhält eine feste Ansprechperson im Landesvorstand und wird mindestens einmal jährlich zu einer Landesvorstandssitzung eingeladen.

Wo es zu bestehenden gesellschaftlichen Bedarfen noch keine LAG gibt, rufen wir gezielt neue ins Leben.

Ehrenamt und Wissenstransfer

Im Zentrum steht die Befähigung des Ehrenamts.

Jeden Tag leisten Genoss:innen einen wichtigen ehrenamtlichen Beitrag, indem sie organisatorische und strukturelle Aufgaben erfüllen, die unsere Partei am Laufen halten.

Die Kasse zu führen, Protokolle zu schreiben und Social-Media-Posts zu gestalten sind keine leichten Aufgaben. Sie benötigen neben der Hauptarbeit zusätzlich Zeit, Fleiß und Hingabe.

Das Ehrenamt ist zu würdigen. Ohne das ehrenamtliche Engagement unserer Mitglieder würde unsere Partei nicht funktionieren.

Damit auch in Zukunft die ehrenamtlichen Aufgaben erfüllt werden können, nutzen wir stärker die Schulungsangebote der Bundespartei und bauen ein Mentor:innen-Programm auf, in dem erfahrene Genoss:innen neue Vorstandsmitglieder gezielt begleiten.

Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Kommunalpolitischen Forum verfügen wir über einen wertvollen Wissensschatz, den wir für politische Bildung, für die Vorbereitung künftiger Mandatsträger:innen und für Workshops für Funktionsträger:innen wieder stärker nutzen.

Politische Bildung soll dabei Wissen weitergeben und zugleich dazu befähigen, Verantwortung zu übernehmen, Menschen zusammenzubringen und politische Auseinandersetzungen vor Ort gemeinsam zu organisieren.

Neumitglieder und Generationen

Unsere neuen Mitglieder kommen aus unterschiedlichen Gründen zu uns.

Manche wollen aktiv sein und sich in ihrem Ort einsetzen. Andere wollen sich zu konkreten politischen Themen einbringen. Wieder andere suchen eine Gemeinschaft, in der sie eine Zuflucht finden und sich wohlfühlen können.

Diese unterschiedlichen Wege und Bedürfnisse wollen wir stärker berücksichtigen.

Orts- und Kreisverbände bleiben zentrale Orte unseres Parteilebens. Gleichzeitig bieten Landesarbeitsgemeinschaften, AG´s auf Stadt- oder Kreisebene, Aktionen, politische Bildungsangebote, Kampagnen und digitale Mitarbeit weitere Möglichkeiten, aktiv zu werden.

Regelmäßige Neumitgliedertreffen führen wir fort und verbinden sie stärker mit konkreten Möglichkeiten zur Mitarbeit.

Dabei nehmen wir auch diejenigen Genoss:innen wieder stärker in den Blick, die schon länger Mitglied sind und bisher wenig aktiv waren.

Eine Herausforderung besteht darin, in einen respektvollen Austausch zwischen den Generationen zu gelangen, die unterschiedlichen Ansichten und Bedürfnisse anzuerkennen und eine Übergabe von Erfahrung und Verantwortung zu organisieren.

Zwischen Lebensleistung und jahrzehntelanger politischer Erfahrung der älteren Genoss:innen und den neuen Ideen und dem Elan der jüngeren Genoss:innen liegt eine Menge Potential, das wir nutzen sollten.

Linksjugend

Die Linksjugend beziehen wir verbindlicher in die politische Arbeit des Landesverbandes ein und unterstützen sie mit entsprechenden Ressourcen.

Regelmäßige gemeinsame Runden von Landessprecher:innenrat und Landesvorstand sollen Austausch ermöglichen, Aktionen koordinieren und dort Zusammenarbeit organisieren, wo gemeinsame politische Interessen bestehen.

Die Eigenständigkeit unseres Jugendverbandes bleibt dabei gewahrt.

Finanzierung und Satzung

Eine langfristig handlungsfähige Landespartei braucht eine Finanzierung, die zu unseren veränderten Strukturen und Einnahmen passt.

Deshalb entwickeln wir unsere Finanzierungsstrukturen weiter und treiben notwendige Satzungsänderungen voran.

Dabei setzen wir unsere Ressourcen solidarisch ein und sichern die politische Handlungsfähigkeit im gesamten Landesverband.

Was uns trägt

Was uns stark macht, sind unsere Mitglieder selbst: ihre Erfahrungen und Fähigkeiten, ihre Bereitschaft, auf andere zuzugehen, Menschen zusammenzubringen und gemeinsam etwas zu bewegen, lebendige Debattenräume und eine Partei, die für ihre Mitglieder auch soziale Heimat sein kann.

Wir setzen auf die Verbindung von Ehrenamt und Hauptamt, auf persönliche und digitale Formen des Austauschs und auf unsere gesellschaftliche Verankerung in Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen.

Wir wollen Räume schaffen, in denen Mitglieder diskutieren, lernen, Verantwortung übernehmen und gemeinsam aktiv werden können.

Entscheidend ist, dass Menschen als Mitglieder unserer Partei erleben können, dass sie gebraucht werden, etwas beitragen und gemeinsam mit anderen etwas verändern können. Organisieren heißt für uns deshalb auch, Menschen miteinander in Verbindung zu bringen, Verantwortung zu teilen und aus gemeinsamen Anliegen gemeinsames Handeln entstehen zu lassen.

Die Partei muss Heimatort für alle Mitglieder bleiben und werden. Ein Ort, an dem Menschen zusammenkommen, Solidarität erfahren und gemeinsam für Veränderung kämpfen.

Jetzt erst recht

Wir sind eine Partei, die internationalistisch, sozialistisch, feministisch, inklusiv und antifaschistisch ist. Wir stehen an der Seite der Unterdrückten und kämpfen für eine gerechte Verteilung des Wohlstands.

Gerade jetzt, wo vulnerable Gruppen unsere Haltung dringender brauchen denn je, heißt das für uns, sichtbar zu sein und dort Position zu beziehen, wo Menschen ausgegrenzt, gegeneinander ausgespielt oder angegriffen werden.

Der Rechtsruck ist für viele Menschen längst keine abstrakte politische Entwicklung mehr. Er wirkt in ihren Alltag hinein und entscheidet darüber, wie sicher sie sich fühlen, welche Rechte ihnen zugestanden werden und ob sie darauf vertrauen können, dass jemand an ihrer Seite steht.

Für uns ist klar: **Wir stehen dort.**

Die kommenden Jahre entscheiden darüber, wie tief unsere Wurzeln in Sachsen-Anhalt reichen.

Wir wollen sie dort stärken, wo sie längst tragen, und dort neue schlagen, wo wir bisher weniger sichtbar sind.

Wir wollen rote Inseln wachsen lassen, an denen Menschen erleben, dass Solidarität mehr ist als ein Wort und dass gemeinsames Handeln etwas verändern kann.

Unsere Vision für 2029 ist eine Linke, die tiefer in diesem Land verwurzelt ist als heute, in Dörfern, Städten und Stadtteilen dauerhaft ansprechbar bleibt und deren Stärke aus vielen Orten wächst. Eine Partei, deren Genoss:innen wissen, was vor ihrer Haustür gebraucht wird, Menschen zusammenbringen und gemeinsam mit ihnen für konkrete Veränderungen streiten. Eine Partei, in der aus gemeinsamen Interessen politische Handlungsfähigkeit wächst.

Wenn wir 2029 zurückblicken, soll sichtbar sein, was in diesen Jahren gewachsen ist: neue rote Inseln, stärkere Strukturen, mehr Menschen in Verantwortung und mehr Orte, an denen aus Solidarität konkrete Veränderung geworden ist.

Wir haben dafür keinen einfachen Boden vor uns.

Doch wir haben tiefe Wurzeln, viele neue Triebe und tausende Genoss:innen, die dieses Land verändern wollen.

Also wachsen wir weiter.

Jetzt erst recht.

Einreicher:innen:
Eva von Angern, Henriette Krebs, Christina Buchheim, Dr. Silvia Ristow, René Schernikau, Mario Blasche, Matthias Schütz, Dennis Jannack, Rayk Ohlmeyer, Kerstin Eisenreich, Sigrid Reinicke, Noah Biswanger, Ute Haupt, Sabine Dirlich, Michael Scholz, Alexander Luft, Kreisverband Stendal

Antrag 1

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Politik beginnt vor Ort: Mitgliederschub nutzen und Die Linke in den Kommunen neu verankern – Sachsen-Anhalt auf dem Weg zur Kommunalwahl 2029

Der Landesverband der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt nimmt die politischen und organisatorischen Vorbereitungen für die Kommunalwahlen im Jahr 2029 auf und erarbeitet zeitnah einen konkreten Zeitplan, schafft die Voraussetzungen zur Diskussion der inhaltlichen Schwerpunkte für die anstehenden Wahlen zu den kommunalen Vertretungen und bindet rechtzeitig die Gliederungen in den Prozess ein.

Städte, Dörfer und Landkreise sind das Rückgrat des demokratischen Gemeinwesens, sie sind Mittelpunkt des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Lebens. Hier werden Entscheidungen aber auch Versäumnisse der Politik unmittelbar spürbar. Die Höhe der Elternbeiträge für die Kindereinrichtungen der Gemeinde, das undichte Dach der für den Schul- und Vereinssport genutzten Turnhalle oder auch die geplante Schließung der Stadt-bibliothek führen zu erheblichen Debatten innerhalb der Einwohner:innenschaft. Hier liegen bedeutende Potentiale, um das Vertrauen in Politik wieder zu stärken. Gerade für die Partei Die Linke, die sich dem Konzept der Bürger:innenkommune verpflichtet fühlt, ergeben sich auf der kommunalen Ebene enorme Chancen.

Demokratische Entscheidungsprozesse werden jedoch zur Farce, wenn angesichts leerer kommunaler Kassen die Gestaltungsmöglichkeiten arg eingeschränkt sind. Der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung gerät immer stärker unter Druck, wenn Bundes- und Landespolitik nicht endlich für eine auskömmliche, bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen sorgen. Aufgaben, die den Kommunen übertragen werden, müssen ausfinanziert werden. Ein künftiger, an den Bedürfnissen der Kommunen ausgerichteter Finanzausgleich muss der Stadt-Umland-Problematik und den daraus resultierenden Herausforderungen stärker gerecht werden. Eine gerechte Steuerpolitik und die Heranziehung großer Vermögen zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben eröffnet allen staatlichen Akteuren neue finanzielle Spielräume. Dann wird die beitragsfreie Kinderbetreuung ebenso real wie die Sanierung maroder Schulen oder Turnhallen. Die Bibliothek - auch in kleineren Orten - muss ebenso nicht um ihre Existenz fürchten wie die Theater- und Museenlandschaft.

Der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes muss Richtschnur des und unseres Handelns sein!

Neben guten Rahmenbedingungen lebt die Arbeit in den Kommunen auch und vor allem von dem Engagement der Menschen vor Ort. Gewählt in den kommunalen Vertretungen oder als Bürgermeister:in, bei der Feuerwehr, im Sportverein, im Stadtteilzentrum, in Fördervereinen und ähnlichen Initiativen sind es die vielen Ehrenamtlichen, die einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt und Funktionieren des Gemeinwohls beitragen. Sie gilt es zu stärken und ihre Arbeit mit angemessenen sowie vernünftigen Vorgaben zu erleichtern.

Die letzten Kommunalwahlen im Jahre 2024 haben landesweit das Koordinatensystem in den kommunalen Vertretungen - vom Ortschaftsrat über den Stadtrat bis hin zu den Kreistagen - hin zu einem rechtsautoritären, konservativen Kommunalverständnis verschoben. Die Linke musste Verluste hinnehmen, in einigen Gremien ist sie gar nicht mehr vertreten. Das soll und muss sich 2029 wieder ändern!

Die Welle der Neueintritte der letzten Monate in die Partei Die Linke und folglich der Mitgliederzuwachs stellen auch ein riesiges Potential für die anstehenden Kommunalwahlen 2029 dar. Gemeinsam können wir Die Linke in den Kommunen neu verankern. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort wollen wir Politik anders, nämlich auf Augenhöhe, machen. In jeder Ortschaft, in jeder Gemeinde soll linke Politik für mehr soziale Gerechtigkeit in Sachsen-Anhalt spürbar werden. Gemeinsame Aufgabe des Landesverbandes, der Stadt- und Kreisverbände und aller Gliederungen muss es in den kommenden gut zwei Jahren sein, in der gesamten Mitgliedschaft aber auch unter den Neumitgliedern das Interesse für die Mitarbeit in den kommunalen Vertretungen zu wecken und Interessierten adäquat auf ein mögliches Mandat vorzubereiten.

Der Landesparteitag beschließt:

1. Der Landesvorstand erarbeitet 2027 gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden einen konkreten Zeitplan für die inhaltliche, technische und personelle Vorbereitung der Kommunalwahlen im Jahre 2029

2. Der Landesvorstand organisiert unter Einbeziehung der Landesarbeits-gemeinschaft „Kommunales“ und im engen Austausch mit dem kommunalpolitischen Forum Sachsen-Anhalt e.V. die Diskussion zu den Schwerpunkten für die Kommunalwahl 2029.

3. Die Stadt- und Kreisverbände beginnen umgehend mit der Suche nach möglichen Kandidierenden für die Kommunalwahl 2029. Der Landesvorstand steht ihnen beratend und koordinierend zur Seite. Gemeinsam mit der LAG „Kommunales“ und in enger Konsultation mit dem „kommunalpolitischen forums Sachsen-Anhalt e.V.“ organisiert der Landesvorstand die Fort- und Weiterbildung aller Kandidierenden.

Einreicher:innen:
Die Linke Kreisverband Burgenlandkreis
Unterstützt wird der Antrag durch:
Richard Höhne (KV Saalekreis), Julia Mayer (KV Saalekreis), Stefan Gebhardt (KV Mansfeld-Südharz), Isabell Anton (KV Mansfeld-Südharz), Eva von Angern (KV Salzlandkreis)

Antrag 2

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Nicht nur in den Großstädten gewinnen: Gemeinsam, niemals allein!

Wahlerfolge würdigen – das Gesamtergebnis in den Blick nehmen

Die Linke hat bei der Landtagswahl 2026 gezeigt, dass sie Menschen erreichen, mobilisieren und überzeugen kann. Die drei gewonnenen Direktmandate sind ein wichtiger Erfolg. Herzlichen Dank an die Mandatsträger*innen, ihre Teams und allen Genossinnen und Genossen für eure Ideen, für die Zeit und für den starken persönlichen Einsatz.
Die vielfältigen Aktionen überall im Land haben gezeigt: Wir hören zu, wir sind ansprechbar, wir teilen soziale Sorgen und wir haben politische Angebote, die überzeugen. Vor allem unsere klare Haltung gegenüber rechtsextremen und demokratiefeindlichen Positionen bleibt wichtiger Teil unserer politischen Arbeit. Die vielfältigen Erfahrungen wollen wir für die weitere Arbeit nutzbar machen.

Zugleich dürfen diese Erfolge nicht den Blick auf die erheblichen Verluste unseres Stimmenanteils im Land verstellen. Wir müssen weiter und tiefgründiger klären, weshalb wir außerhalb der großen Städte Vertrauen und Zustimmung für linke Politik seit vielen Jahren verloren haben. Dazu gehört eine ergebnisoffene Bewertung der Wahlkampfstrategie – auch der kritische Blick auf die externe Kampagne „Taktisch wählen“ - ebenso wie die Frage, ob unsere politischen Angebote die Lebenswirklichkeit der Menschen auch in den ländlichen Regionen ausreichend treffen.

Die ländlichen Räume müssen stärker in den Blick

Viele Genossinnen und Genossen - nicht nur in den ländlich geprägten Regionen - sorgen sich, dass Die Linke zunehmend als so genannte Großstadtpartei wahrgenommen wird. Diese Sorge darf weder abgetan noch zum Anlass genommen werden, Stadt und Land gegeneinanderzustellen. Unsere Partei braucht starke Strukturen, personelle Präsenz und überzeugende Politik in beiden Lebenswelten.

Politische Erwartungen, Erfahrungen und Konflikte unterscheiden sich zwischen großstädtischen Milieus und kleineren Städten und Gemeinden. Wir dürfen diese Unterschiede weder pauschalisieren noch übergehen. Wir müssen konkret untersuchen, welche sozialen Fragen Menschen verbinden, an welchen Themen politische Spannungen entstehen und wie wir darüber solidarisch und offen miteinander sprechen können.

Entscheidend ist, ob unsere Politik im Alltag als hilfreich, verständlich und glaubwürdig wahrgenommen wird. Bezahlbares Wohnen, gute Arbeit, gute Bildung für alle Kinder, Gesundheitsversorgung, Mobilität und handlungsfähige Kommunen müssen auch außerhalb der Wahlkämpfe Maßstab unseres politischen Handelns bleiben.

Aus einer wertschätzenden Debatte müssen Konsequenzen folgen

Wir wollen eine Debatte, die Erfahrungen aus Großstädten und ländlichen Räumen gleichberechtigt einbezieht und Meinungsunterschiede und Spannungsfelder nicht verdeckt. Dazu gehören die Fragen, welche politischen Positionen uns verbinden, wo es Spannungsfelder gibt, wo tragfähige Kompromisse möglich sind, welche Veränderungen in unserer politischen Praxis notwendig werden und wie wir unsere personellen und finanziellen Ressourcen teilen. Eine solidarische Debatte muss zu nachvollziehbaren Schlussfolgerungen und verbindlichen Entscheidungen führen.

Wir begrüßen ausdrücklich das im Leitantrag vorgeschlagene Vorhaben des Landesvorstandes, eine Strategiegruppe einzuberufen. Ihre Arbeit muss transparent, zeitlich begrenzt sein. Dafür sollen die unterschiedlichen Erfahrungen aller Kreisverbände einbezogen werden. Neben regionalen Gesprächsformaten brauchen wir niedrigschwellige (digitale) Beteiligungsmöglichkeiten. Eingebrachte Positionen und abweichende Einschätzungen müssen dokumentiert und bei der Erarbeitung der Ergebnisse erkennbar berücksichtigt werden.

Verbindliche Aufträge an den Landesvorstand

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, folgende Schritte gemeinsam mit den Kreisverbänden umzusetzen:

Die Kreisverbände probieren bereits jetzt nach der Landtagswahl vielfältige Aktionsformen und Gesprächsformate, um weiter ansprechbar und präsent zu sein in den Städten und Dörfern. Diese Erfahrungen sollen für alle zugänglich gemacht werden. Nicht zuletzt, um Ideen auszutauschen und Inspirationen zu geben. Dieser Austausch sollte regelmäßiger Punkt bei den gemeinsamen Beratungen der Stadt- und Kreisvorsitzenden sein. Auf diese Weise können alle bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt von Erfahrungen profitieren und Neues ausprobieren.

1. **Bis zum März 2027:** Eine transparente und selbstkritische Auswertung der Landtagswahl 2026 vorzulegen. Sie untersucht regionale Unterschiede, mögliche Ursachen des Vertrauensverlustes über die Jahre, die Wirksamkeit unserer politischen Angebote sowie die Wahlkampfstrategie und unsere öffentliche Kommunikation. Sie schlägt konkrete politische und organisatorische Schlussfolgerungen vor.
2. **Bis Ende 2027:** Durch die Strategiegruppe einen Entwurf für das politische Profil der Partei in Sachsen-Anhalt und für eine Verankerung in Stadt und Land erarbeiten zu lassen. Die Kreisverbände und kommunalen Mandatsträger*innen sind frühzeitig einzubeziehen. Der Entwurf soll vorschlagen, wie Wähler*innen gewonnen werden und Die Linke als eine relevante Kraft vor Ort wahrgenommen werden kann.
3. **Bis zum Juli 2028:** Die Vorschläge werden zu einem konkreten Maßnahmenplan weiterentwickelt. Es ist den zuständigen Parteigremien vorzuschlagen, mit Verantwortlichkeiten, Einsatz von personellen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen als auch überprüfbaren Zielen.
4. **Ab Juli 2028 halbjährlich:** Gemeinsam mit den Kreisverbänden in den regelmäßigen Austausch zu gehen, welche Vorschläge umgesetzt und welche Ziele erreicht worden sind. Schwierigkeiten und Spannungsfelder müssen offen diskutiert werden.

Die hieraus entstehenden Erfahrungen und strategischen Vorschläge sollen einfließen in die bundesweite Debatte zur Zukunft der ländlichen Räume, mit dem Ziel Impulse für Übertragbarkeit in andere Regionen bundesweit vorzuschlagen.

Unser gemeinsames Ziel: Präsenz und Vertrauen gewinnen - überall im Land

Bis zu den Kommunalwahlen 2029 brauchen wir nicht nur eine Vorstellung davon, wie Die Linke in Stadt und Land präsent sein will. Wir brauchen sichtbare Fortschritte: verlässliche Ansprechpersonen, kontinuierliche Arbeit vor Ort, kommunalpolitische Initiativen und politische Angebote, die an den konkreten Bedürfnissen der Menschen ansetzen. An diesen Ergebnissen muss sich die beschlossene Strategie messen lassen.

Wir wollen die Leistungen unserer Mitglieder anerkennen, voneinander lernen und politische Unterschiede solidarisch austragen. Gerade deshalb müssen wir auch bereit sein, Gewohntes kritisch zu überprüfen und Notwendiges zu verändern. Mehr Präsenz und bessere Strukturen sind wichtig. Sie ersetzen aber keine überzeugende Politik.

Unser Anspruch ist klar: Die Linke soll nicht nur besser organisiert sein. Sie soll in Stadt und Land wieder mehr Menschen mit glaubwürdigen Antworten, verlässlicher Arbeit und konkreten Verbesserungen überzeugen.

Antragsteller:innen: 16. Oktober 2026
Stadtverband Dessau-Roßlau
vertreten durch den Stadtvorstand (Sylvia Pobig, Vorsitzende; Oliver Farr, stellvertretender Vorsitzender)

Antrag 3

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Solidarischer Finanzausgleich: Umlage nach den Beiträgen, die tatsächlich ankommen

Beschlussvorschlag

Der Landesparteitag beschließt: § 5 Absatz 2 der Finanzordnung der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt wird wie folgt neu gefasst:

> „(2) Der Finanzausgleich wird jährlich über ein Zuführungsmodell erarbeitet und beschlossen. Grundlage sind die auf den jeweiligen Kreisverband entfallenden Mitgliedsbeiträge, die im vorangegangenen Kalenderjahr tatsächlich eingegangen sind. Davon führt jeder Kreisverband denselben prozentualen Anteil an den Landesverband ab. Die Höhe des Prozentsatzes wird jährlich neu festgelegt; dabei sind der Finanzbedarf des Landesverbandes und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kreisverbände zu berücksichtigen. Der auf Vorschlag der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters erarbeitete Plan der Zuführungen wird im Landesfinanzrat beraten und anschließend vom Landesvorstand und vom Landesausschuss beschlossen.“

Begründung

Wir fordern von der Gesellschaft, dass starke Schultern mehr tragen. Beim Erbe, beim Vermögen, beim Einkommen. In unserer Partei gilt dieser Satz heute nur bis zum Kreisverband. Jedes Mitglied zahlt nach Einkommen, von 1,50 Euro bis über 75 Euro im Monat (Beitragstabelle der Bundespartei, § 23 Abs. 4 Landessatzung). Die Umlage an den Landesverband kennt diesen Unterschied nicht: Jeder Kreisverband führt für jedes Mitglied denselben Sockelbetrag ab (§ 5 Abs. 2 Landesfinanzordnung). Das ist eine Kopfsteuer. Draußen würde sie keiner von uns verteidigen.

Was das bedeutet: Ein Kreisverband, dessen Mitglieder überwiegend den Mindestbeitrag zahlen, nimmt pro Kopf wenig ein und zahlt pro Kopf dasselbe an das Land wie ein Kreisverband mit hohen Beiträgen. Von jedem Euro, der bei ihm ankommt, geht ein größerer Teil weg. Je geringer die Einkommen der Mitglieder, desto höher die Belastung. Ob ein Mitglied mehr zahlen könnte, prüft niemand, und das ist richtig so. Wir vertrauen unseren Mitgliedern. Dann muss die Umlage mit diesem Vertrauen umgehen können.

Das trifft nicht irgendwen. Mitglieder mit kleinem Einkommen leben dort, wo die Einkommen klein sind: in Regionen mit wenig Arbeit und vielen Menschen, die von zu

kleiner Rente oder Transferleistungen leben. Die Kreisverbände dort nehmen am wenigsten ein, zahlen pro Kopf dasselbe ab und behalten am Ende am wenigsten für Räume und Aktionen. Die Umlage verstärkt, was die Region ohnehin schwächt. Wo die Partei das wenigste Geld hat, ist sie am wenigsten sichtbar. Und genau dort wird sie am meisten gebraucht.

Wir wollen, dass jeder Kreisverband denselben Anteil von dem abführt, was bei ihm tatsächlich eingeht. Derselbe Prozentsatz für alle, aber nicht derselbe Betrag: Wer mehr einnimmt, zahlt mehr Euro an den Landesverband. Wer weniger einnimmt, zahlt weniger und behält, was er für die Arbeit vor Ort braucht. Die starken Schultern tragen mehr, die schwachen werden nicht überfordert. Das ist das Prinzip unserer Beitragstabelle, eine Ebene höher angewendet.

Der Landesverband bleibt finanziert. Der Prozentsatz wird jedes Jahr am Bedarf des Landesverbands festgelegt und ist keine feste Quote. Grundlage sind die Beiträge des Vorjahres, die zur Finanzplanung feststehen. Beide Ebenen können damit planen. Die Debatte über den Bedarf führen wir heute schon, nur über die Höhe des Sockelbetrags.

Am Verfahren ändert sich nichts. Der Vorschlag kommt weiter von der Landesschatzmeisterin oder dem Landesschatzmeister, der Landesfinanzrat berät ihn, Landesvorstand und Landesausschuss beschließen (§ 25 Landessatzung). Die Bundesfinanzordnung überlässt den Finanzausgleich den Landesverbänden und verlangt, dass Landesvorstand, Landesgeschäftsstelle und Kreisverbände arbeitsfähig bleiben (§ 5 Abs. 4 Bundesfinanzordnung). Der neue Text schreibt genau das fest.

Unsere Kreisverbände sind der Ort, an dem Menschen die Linke erleben, in der Sozialsprechstunde wie im Stadtrat. Wer dort Mitglieder gewinnt und Aktionen organisiert, braucht Geld für Räume und Material. Ein Landesverband ist nur so stark wie die Kreisverbände, die ihn tragen.

Wir wollen einen Finanzausgleich, der von den Beiträgen ausgeht, die tatsächlich ankommen, und den die Schatzmeister:innen von Land und Kreisen jedes Jahr gemeinsam im Landesfinanzrat aushandeln. Was wir von der Erbschaftsteuer erwarten, erwarten wir von uns selbst: Wer mehr hat, gibt mehr.

Antragsteller:innen:
AG Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau-Roßlau, Linksjugend [solid] Dessau

Antrag 4

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Frauenplenum zum FLINTA*-Plenum weiterentwickeln

Der Landesparteitag möge beschließen, § 10 Absatz 3 der Landessatzung wie folgt zu ändern.

§ 10 Geschlechterdemokratie

(3) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten ~~Frauen~~ FLINTA*-Personen ein die Versammlung unterbrechendes ~~Frauenplenum~~ FLINTA*-Plenum durchgeführt. Teilnahmeberechtigt sind Mitglieder, die sich selbst als FLINTA* definieren (Frauen, Lesben, inter*, nicht-binäre, trans* und ageschlechtliche Personen. Das Sternchen schließt alle Menschen ein, deren Geschlechtsidentität von den genannten Begriffen nicht erfasst wird und die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität von Benachteiligung betroffen sind.). Über einen in diesem ~~Frauenplenum~~ FLINTA*-Plenum abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Versammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.

Die übrigen Absätze von § 10 bleiben unverändert.

Begründung:

§ 10 Absatz 3 der Bundessatzung (Fassung Juni 2026) sieht ein FLINTA*-Plenum vor. Beantragen kann es ein Viertel der stimmberechtigten FLINTA*-Personen. Teilnahmeberechtigt ist, wer sich selbst als FLINTA* definiert. Die Regelung gilt für alle Versammlungen und Gremien der Partei.

§ 10 Absatz 3 der Landessatzung nennt an derselben Stelle das Frauenplenum. Mit der Änderung hat sich die Landessatzung an die Bundessatzung angepasst.

Landesverbände regeln ihre Angelegenheiten im Rahmen der Bundessatzung (§ 12 Absatz 5 Bundessatzung). Der Antrag vollzieht diese Angleichung für § 10 Absatz 3.

Die Änderung entspricht dem Zweck des Plenums. Das Plenum gibt denen eine gemeinsame Stimme, die in Versammlungen strukturell im Nachteil sind. Dieser Nachteil entsteht durch patriarchale Strukturen und trifft nicht nur Frauen, sondern auch Mitglieder, die der zweigeschlechtlichen „Norm“ nicht entsprechen.

Antragstellende:
AG Die Linke.queer Dessau-Roßlau, Stadtverband Dessau-Roßlau Linksjugend [solid] Dessau

Antrag 5

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Quotierung konsequent zu Ende denken

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Der Landesverband Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Mindestquotierung in der Bundessatzung, so wie in der Wahlordnung, für alle Mitglieder zu öffnen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität strukturelle Benachteiligung erfahren.
2. Der Landesvorstand wird beauftragt, zum nächsten Bundesparteitag fristgerecht einen satzungsändernden Antrag mit folgendem Inhalt einzureichen:
    a. In § 10 Absatz 2, 4 und 5 der Bundessatzung wird die Bezugsgruppe „Frauen“ durch „FLINTA*-Personen“ im Sinne der Definition in § 10 Absatz 3 ersetzt.
    b. Für die Anwendung ist die im Mitgliederprogramm hinterlegte Angabe maßgeblich. Das Mitgliederprogramm wird so ergänzt, dass Mitglieder ihre Zugehörigkeit zu FLINTA* dort hinterlegen können.
    c. Die Wahlordnung der Partei wird entsprechend angepasst.
3. Der Landesvorstand wirbt bei anderen Landesverbänden und bundesweiten Zusammenschlüssen um Mitantragstellung und Unterstützung.
4. Die Delegierten des Landesverbandes zum Bundesparteitag werden gebeten, den Antrag zu unterstützen.

Begründung:

Die Linke versteht sich laut Parteiprogramm als sozialistische und feministische Partei, die patriarchale und kapitalistische Verhältnisse überwinden will. Das Programm beschreibt, wie das Patriarchat entstanden ist: mit der Teilung der Arbeit in „Frauen-“ und „Männerarbeit“. Diese Teilung kennt genau zwei Geschlechter und weist ihnen feste Rollen zu. Wer nicht hineinpasst, wird ausgegrenzt. Das Programm nennt ausdrücklich trans- und intergeschlechtliche Menschen, die bis heute diskriminiert werden.

Alle FLINTA* Personen werden also von derselben Ordnung benachteiligt. Die Quote richtet sich gegen ein System, das Menschen nach ihrem Geschlecht oben oder unten einsortiert. Wer unten landet, braucht den Schutz. Das gilt für Frauen, und es gilt für alle, die das System genauso unten einsortiert. Ein eigenes, getrenntes Instrument für FLINTA* Personen würde so tun, als hätten sie ein anderes Problem, jedoch haben sie dasselbe.

Die Partei hat diesen Weg selbst eingeschlagen. § 10 Absatz 1 der Bundessatzung erkennt das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung als Teil unseres Verständnisses von Geschlechterdemokratie an. Absatz 3 hat das Frauenplenum zum FLINTA*-Plenum weiterentwickelt. Die Absätze 4 und 5 kennen weiterhin nur Frauen. Die Satzung gibt denselben Menschen im Plenum eine Stimme und lässt sie bei Wahlen ohne Schutz. Dieser Antrag ist die folgerichtige nächste Stufe einer Entwicklung, die die Partei mit der Anerkennung geschlechtlicher Selbstbestimmung begonnen hat.

Wer in Gremien und auf Listen keinen gesicherten Platz hat, ist darauf angewiesen, dass andere ihn mitdenken. Das ist Wohlwollen. Ein Recht ist es nicht. Die Frauenbewegung hat genau deshalb die Quote erkämpft: Gleichberechtigung, die vom guten Willen der Mehrheit abhängt, findet nicht statt. Eine Partei, die Selbstbestimmung fordert, muss sie zu aller erst in den eigenen Regeln festhalten.

Der Landesparteitag hat sich am 15. November 2025 einstimmig hinter die Quote gestellt. Das Memorandum der LAG Lisa begründet sie mit struktureller Benachteiligung und dem Ziel, patriarchale Machtstrukturen aufzubrechen. Es fordert Erhalt und Ausweitung der Quote für eine gerechte und inklusive Gesellschaft und benennt richtig, dass Gleichberechtigung ohne Rechtssicherheit lediglich ein Lippenbekenntnis bleibt. Dieser Antrag steht auf derselben Begründung.

Die Quote ist ein Instrument gegen ein Herrschaftsverhältnis und muss alle erfassen, die es benachteiligt.

Der Bedarf besteht parteiweit. Die Kreisverbände Kiel und Kassel-Stadt haben eine FINTA*- bzw. FLINTA*-Quote in ihren Satzungen verankert. Der Landesverband Hamburg verweist öffentlich auf die laufende Debatte und darauf, dass eine Öffnung die Änderung von Bundessatzung und Wahlordnung voraussetzt. Der Jugendverband Linksjugend ['solid] wendet eine FLINTA*-Quote bereits an. Solange Bundessatzung und Wahlordnung nicht angepasst sind, fehlt Gliederungen, die diesen Schritt gehen wollen, die sichere Grundlage.

Deshalb setzt der Antrag dort an, wo die Regel gemacht wird. Beschließt der Bundesparteitag die Öffnung, gilt sie über die Bundessatzung unmittelbar auch in Sachsen-Anhalt.

Einreicher:innen: 16. Oktober 2026
Die Linke Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

Antrag 6

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Wahlauswertung für den Landesverband: Diskussion, Analyse, Konsequenzen.

Am 6. September 2026 hat Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag gewählt und wir mussten eines der schwersten Wahlergebnisse der Parteigeschichte der Linken erleben. Mit 8,6 Prozent und acht Mandaten und damit dem Rückfall auf Platz fünf können wir nicht zufrieden sein. Insbesondere besorgt uns das Abschneiden der rechtsextremen und völkisch-autoritären AfD zutiefst, die mit 43,8 Prozent ein Rekordergebnis erzielt hat und stärkste Kraft im Land wurde. Der Rechtsruck hat eine neue Dimension erreicht und es ist unsere Aufgabe, die Demokratie zu verteidigen und einen starken, solidarischen, antifaschistischen und effektiven Gegenpol für alle Menschen in Sachsen-Anhalt zu bilden.

Dafür braucht es eine offene, vielfältige und transparente Auswertung der Wahl. Wir müssen gemeinsam ins Gespräch darüber gehen, was gut und was schlecht lief, welche externen und internen Faktoren zu unserem Abschneiden beigetragen haben und welche Parteistruktur wir in Zukunft brauchen und aufrechterhalten können, um sowohl den urbanen als auch den ländlichen Räumen gerecht zu werden, weiter aussagefähig zu den wichtigen Themen der Zeit zu sein und unsere Vision einer sozial gerechten Gesellschaft im ganzen Land zu vertreten. Dieser offene Austausch hat bereits begonnen und soll mehrere Stufen haben, um am Ende zu einem Gesamtergebnis zu kommen, auf dem wir aufbauen und langfristig unsere strategischen Ziele erreichen können.

Zwischen der Einreichung dieses Antrags und unserem Landesparteitag am 28. und 29. November haben bereits Regionalkonferenzen stattgefunden, auf denen wir miteinander über den Wahlausgang diskutiert haben. Die dort formulierten Erkenntnisse flossen in den ersten Entwurf einer Wahlanalyse des Landesverbandes mit ein. Dieser Entwurf wurde dem Landesparteitag im Antragsheft 2 als Anlage zu diesem Antrag zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, diesen Diskussionsprozess bis zum nächsten Landesparteitag mit einem Antrag abzuschließen, der konkrete Konsequenzen aus der Auswertung vorschlägt und zur Abstimmung stellt.

Der Landesparteitag beschließt:

1.) Der Landesparteitag nimmt den ersten Entwurf der Wahlanalyse des Landesverbands, der mit dem Antragsheft 2 als Anlage ausgereicht wurde, zur Kenntnis.
2.) Auf Basis dieses Entwurfs wird der Landesvorstand gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden die Fortsetzung des Diskussionsprozesses organisieren und die Ergebnisse sammeln.
3.) Der Landesvorstand überarbeitet auf dieser Basis den Entwurf der Wahlanalyse und formuliert konkrete Schlussfolgerungen für die Strategie und Parteistruktur sowie weitere Konsequenzen aus dem Wahlergebnis.
4.) Die so ausgearbeitete Wahlanalyse wird dem nächsten Landesparteitag in der ersten Jahreshälfte 2027 zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt.

Begründung:

Der Landesverband diskutiert die Wahlergebnisse und die daraus folgenden Konsequenzen intensiv. Diese Diskussion frei, offen und solidarisch zu führen war das Ziel der Regionalkonferenzen und bleibt es nach dem Parteitag. Die Regionalkonferenzen fanden nach Antragsschluss statt. Um die Diskussion in den ersten Entwurf der Wahlanalyse einfließen zu lassen, wurde der erste Entwurf der Wahlanalyse erst mit dem Antragsheft 2 als Anlage ausgegeben.
Damit soll ein erster Schritt in Richtung einer detaillierten Auswertung der Wahl unternommen werden, was in Anbetracht der Antragsfristen nicht anders möglich war.

Antragsteller:innen:
Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt

Antrag 7

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gemeinsam gegen ihre Kriege!

Die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht zeigt: Junge Menschen sind nicht bereit, widerspruchslos hinzunehmen, was über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Doch der Protest richtet sich gegen mehr als die drohende Wiedereinführung der Wehrpflicht. Junge Menschen organisieren sich, werden politisch aktiv und erfahren, dass sie gemeinsam gesellschaftliche Veränderungen erkämpfen können.

Und diese Entwicklungen finden nicht nur in Deutschland statt. Überall in Europa beginnen junge Menschen, sich gegen die Politik ihrer Regierungen zur Wehr zu setzen und stellen die bestehenden Machtverhältnisse infrage. Wie viel Potenzial in dieser Dynamik steckt, zeigt sich auch in Frankreich. Seit diesem Herbst gehen dort hunderttausende junge Menschen auf die Straße, um für ihr Recht auf gute Bildung und Schulen zu kämpfen. Diesen wachsenden Widerstand wollen wir stärken und die Kämpfe in Frankreich, Deutschland und dem Rest Europas miteinander verbinden.

Als Die Linke Sachsen-Anhalt wollen wir die regelmäßigen Schulstreiks gegen die Wehrpflicht durch innerparteiliche und öffentliche Mobilisierung aktiv unterstützen. Für uns ist klar: Die Entscheidung über die Zukunft junger Menschen darf nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Statt sie auf einen möglichen Kriegsdienst vorzubereiten, müssen wir ihnen echte Perspektiven auf ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Wir unterstützen die Forderungen der bundesweiten Schulstreikkonferenzen, unter anderem:

- Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht oder anderer Zwangsdienste!
- Keine verpflichtenden Fragebögen, Bußgelder oder Musterungen!
- Keine Bundeswehrwerbung an Schulen!
- Echte Perspektiven für Jugendliche schaffen!
- Milliarden für Bildung, Gesundheit und Soziales statt Aufrüstung und Krieg!

Gemeinsam wollen wir Unterstützung für die Streiks organisieren und die Kämpfe über Generationen hinweg verbinden. Wir wollen Menschen jeden Alters ermutigen, sich solidarisch mit den streikenden Jugendlichen zu zeigen. Wir ermutigen besonders Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern, sich an den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht zu beteiligen. Dabei stehen wir solidarisch an der Seite derer, die in ihren Schulen dafür sanktioniert werden und sogar Anzeigen erhalten.

Darüber hinaus widersprechen wir den Behauptungen in der Presse, die Schulstreiks seien von extremistischen Gruppen unterwandert. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich Schüler*innen organisieren, gemeinsam ihre Interessen vertreten und sich für Frieden einsetzen.

Unser Widerstand gegen die Militarisierung endet nicht bei der Wehrpflicht. Wir widersprechen klar dem Bau und Ausbau von Waffenfabriken in unserer Region. Dabei stellen uns der Militarisierung unserer Region gemeinsam mit den Menschen vor Ort entgegen und vernetzen uns mit lokalen Initiativen.

Dabei machen wir deutlich: Es fehlt nicht an Geld, sondern an politischen Prioritäten. Während Milliarden in Waffen und Aufrüstung fließen, mangelt es an Investitionen in Bildung, bezahlbaren Wohnraum, Gesundheit und soziale Sicherheit. Wir kämpfen für eine Politik, die das Leben der Menschen verbessert, statt immer größere Teile gesellschaftlicher Ressourcen für militärische Zwecke einzusetzen.

Wir wollen nicht, dass Jugendliche und Arbeiter*innen verschiedener Länder gegeneinander in den Krieg geschickt werden, während die Herrschenden und die Profiteure der Rüstungsindustrie von Aufrüstung und Konkurrenz profitieren. Wir stellen uns gegen ihre Kriege, gegen die Militarisierung unserer Gesellschaft und gegen eine Politik, die Menschen den Interessen von Kapital und Rüstungsindustrie unterordnet.

Unsere Antwort auf Aufrüstung und Wehrpflicht ist Solidarität: über Generationen und Ländergrenzen und hinweg. Für eine Zukunft, in der junge Menschen selbst über ihr Leben entscheiden und in Frieden leben können!

Die Linke Sachsen-Anhalt . Ebendorfer Straße 3 . 39108 Magdeburg
www.dielinke-sachsen-anhalt.de